



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Haus der Insel - Nordeingang - Konferenzraum 1-2		
Sitzungsdatum:	26.01.2012	Niederschrift gefertigt am: 20.03.12	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung:	Beginn: 18.00 Uhr	Ende:	19.50 Uhr

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

RM Bernhard Onnen

Stimmberechtigtes Mitglied

BG Sascha Nüchter
BG Karin Rass
RV Johannes Terfehr
RM Volker Lenz
2. stv. BM Axel Stange
RM Heidi Raschke

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs
StAR Talea Karow
Dipl.-Ing. Frank Meemken
StA Walter Uden
Verw.-Angest. Irene Köß zur Niederschrift

Entschuldigt fehlen:

RM Helga Meyer, BG Jann Ennen

Tagesordnung

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Onnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.12.2011**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 13.12.2011 wird mit 4 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

3. Haushaltsplan 2012

StAR Karow leitet mit einem kurzen Rückblick auf das abgelaufene Jahr 2011 die Haushaltsberatung ein und weist auf die Besonderheiten der doppischen Anforderungen hin – so werde es z. B. für das Jahr 2012 erstmalig einen Konzernabschluss geben.

Insbesondere sei festzustellen, dass die eingeplanten Fremdmittel nicht benötigt wurden, weil zum einen die Kosten für die Straßenbaumaßnahme „Hafen – Abzweig Oase“ noch nicht schlussgerechnet seien und zum anderen die Landeszuweisung mit 1,3 Mio. € um 900 T€ höher ausgefallen war als geplant. Hinzu käme, dass die zahlungswirksamen Gewerbesteuer-Einnahmen um 450 T€ über dem Ansatz 2011 lägen.

Mit der erstmaligen Budgetierung in 2011 konnte erreicht werden, dass es nur zwei überplanmäßige Ausgaben gegeben habe (Reparatur Unimog und Zuschuss Kindergarten wg. Einrichtung Krippenplätze).

Frau Karow erläutert anhand einer Präsentation den Vorbericht und den Haushaltsplan 2012. Danach könne der Ergebnishaushalt nach jetzigem Stand ausgeglichen werden. Der Finanzhaushalt weise insgesamt einen Fehlbetrag i. H. v. rd. 2 Mio. € aus, davon entfielen

- > auf laufende Verwaltungstätigkeit rd. 1.052 T€, die im Wesentlichen auf die nachzuholenden Unterhaltungsmaßnahmen (rd. 1,5 Mio. €) zurückzuführen sind und aus dem vorhandenen Geldmittelbestand gedeckt werden können und
- > auf Investitionsmaßnahmen rd. 1.753 T€ die nur anteilig über Drittmittel finanziert werden können.

Die Nettoneuverschuldung betrage ca. 800.000,00 € Vor dem Hintergrund des geplanten Investitionsvolumens und der Bauunterhaltung von 1,5 Millionen könne sich dies durchaus sehen lassen. StAR Karow weist darauf hin, dass die Darlehen der Stadt in den vergangenen Jahren stetig abgebaut werden konnten.

In der nachfolgenden Diskussion werden im Wesentlichen folgende Themen näher erörtert:

Bei der Neugestaltung der Treppe am Haus der Begegnungen wurde nicht gleich eine Rampe mitgebaut, um die Maßnahme aus Gründen der Finanzierung auf zwei Jahre aufteilen zu können. Höhere Kosten entstünden dadurch nicht.

Eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sei nur dort sinnvoll, wo mehrere gleichartige Einrichtungen wie z. B. Kindergärten, Schulen u. a. zu betreuen seien und entsprechende Auswertungen benötigt werden würden. Die notwendigen Informationen ließen sich hier aus den Sachkonten ableiten.

Anschließend werden die einzelnen Maßnahmen des **Investitionsprogramms** besprochen.

Der Ausbau der Benekestraße zwischen Winter- und Luciusstraße sei aus Gründen der Regenentwässerung und im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Onnen-Visser-Platzes zu sehen.

Die Spielanlage „Kap Hoorn“ (Außenanlage) soll weiter ausgebaut werden; für die abschließende Maßnahme sei für 2013 ein Betrag von 150 T€ vorgesehen. Das Staatsbad habe die Errichtung des Spielhauses finanziert; die Außenanlagen übernehme die Stadt. Eine Aufteilung der Maßnahme auf die Jahre 2012 und 2013 sei nicht sinnvoll, weil der Aufwand der Trennung größer sei als der Nutzen. Die drei betroffenen Spielbereiche seien eng miteinander verflochten.

BM Ulrichs informiert darüber, dass es bezüglich der Herstellung der **Aussichtsplattform** auf der ehemaligen Deponie Südstrandpolder eine Änderung gebe: Die Maßnahmen sei förderfähig über die GLL. Für dieses Jahr stünden noch 100 T€ zur Verfügung (statt 80 T€ in 2013), so dass überlegt werden müsse, ob diese Maßnahme schon 2012 statt erst in 2013 begonnen werden könne. BG Rass bittet darum, genau zu überlegen, ob die Stadt sich diese Plattformen leisten könne.

Ob es bei der **Neugestaltung des Onnen-Visser-Platzes** eine Alternative zu den rutschigen roten Steinen gebe, werde von der TDN berücksichtigt, die dabei sei, verschiedene Ziegelbeläge mit höherer Rutschfestigkeit zu prüfen.

Bei der **Kreisschulbaukasse** handelt es sich um einen gesetzlich vorgesehenen „Fonds“, aus dem Investitionskosten für Schulen bedient werden. Seit 1991 „ruhte“ die Kreisschulbaukasse im Gebiet des Landkreises Aurich nach einvernehmlichem Abkommen zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen. Vor zwei Jahren habe man auf Grund vorliegender Finanzierungsanträge eine Rückabwicklung der letzten 20 Jahre vorgenommen und ein Konzept für die Zukunft vertraglich fixiert. Die Stadt bekommt auf Grund der in der Vergangenheit geleisteten Investitionen einen anteiligen Ausgleich, müsse aber auch künftig einen Beitrag leisten. Für künftige Investitionen im Bereich der Schulen könne die Stadt aus der Kreisschulbaukasse ein zinsgünstiges Darlehen erhalten.

Zum Planungsstand der **Dachgeschosswohnungen in der Kooperativen Gesamtschule** erläutert Dipl.-Ing. Meemken, dass mit einem Umbau ca. 400 m² Wohnfläche geschaffen werden könnten. Die Kosten lägen bei ca. 1 Million. Voraussetzung sei allerdings, dass man den Dachstuhl nicht antasten müsse.

Die Problematik zur Unterbringung neuer Lehrkräfte sei bekannt. Fraglich bleibe, ob der Ausbau des Dachgeschosses die richtige Lösung sei, zumal auch dann nicht für den Notfall Wohnungen freigehalten werden könnten. Die Verwaltung habe das Projekt noch nicht in den Haushalt aufgenommen, weil die Planungen erst aktuell abgeschlossen werden könnten.

Das Grundstück des Westerwaldkreises wird ausgeschrieben. Die Stadt sei lt. BM Ulrichs im Kontakt mit dem Westerwaldkreis.

Mit dem „Infrastrukturbeitrag Tourismusdreieck“ sei ein möglicher Anteil der Stadt Norderney an der Sanierung des Bahnhofes in Norddeich-Mole eingeplant. Das Staatsbad werde sich ebenfalls beteiligen.

Zur Eindämmung der Papierflut wird vorgeschlagen, für die Ratsmitglieder Tablet-PCs einzuführen. Die Verwaltung plane, den Sitzungsdienst in diesem Sinne umzustellen.

Mit der Thematik „unterirdische Glascontainer“ habe sich die Verwaltung vor einigen Jahren beschäftigt, als die alten Glascontainer ausgetauscht wurden, mit dem Ergebnis, dass der Kostenaufwand zu hoch sei. Die Firmen, die die Glascontainer auf der Insel leeren, brauchen auch entsprechende Vorrichtungen.

BM Ulrichs weist abschließend darauf hin, dass weitere investive Maßnahmen nur möglich seien, wenn man aus dem vorliegenden Katalog andere verschieben oder aufgeben würde.

Ein Folgetermin für die abschließende Beratung werde kurzfristig abgestimmt.

4. **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

5. Anfragen und Anregungen

Es werden keine Anfragen gestellt und keine Anregungen gegeben.

6. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Eberhardt ist heute aufgefallen, dass zwei Herren die Bäume am Onnen-Visser-Platz begutachteten und möchte wissen, ob dies Planer gewesen seien. BM Ulrichs kann sich vorstellen, dass dies Mitarbeiter des Planungsbüros gewesen seien, mit dem er letzte Woche gesprochen habe.
- b) Herr Eberhardt empfiehlt, bei der Umgestaltung des Onnen-Visser-Platzes keine anderen Steine zu verwenden, um ein einheitliches Bild zu behalten. Vorsitzender Onnen entgegnet, dass es auf dem roten Pflaster zu drei schweren Unfällen gekommen sei. Er plädiert deshalb für ein rutschfestes Pflaster unabhängig vom Erscheinungsbild.
- c) Herr Jentsch fragt, warum für das Kleingartengelände kein B-Plan aufgestellt worden sei, zumal nach dem Bundeskleingartengesetz ein Kleingarten nur zu den Dauerkleingärten gehöre, wenn dies in einem B-Plan festgelegt sei. Dipl.-Ing. Meemken erläutert, dass bei einem neuen B-Plan z. B. Kosten durch einen Umweltbericht entstünden. Er sieht im Fall der Kleingärten am Schlickdreieck und am Gaswerkgelände nicht die Erforderlichkeit eines B-Plans.

BM Ulrichs bekennt sich zu den Kleingärten. Niemand habe vor, etwas an dem langjährigen Pachtvertrag zu ändern. Ein B-Plan koste viel Geld. Das Land, dem das Kleingartengelände gehöre, könne ohne die Nordermeyer Politik nichts machen.

Herr Saathoff ist der Meinung, dass man den B-Plan 34, der die beiden Kleingartengebiete bauplanerisch sicherte, hätte behalten können. BM Ulrichs entgegnet, dass der B-Plan 34 veraltet gewesen sei und man dafür jetzt den B-Plan 34 a) (Kap Hoorn) und einen Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 34 b) (Marienstraße) habe. Nur in dem von diesen B-Plänen umfassten Teilbereich sei ein B-Plan überhaupt erforderlich. Im Rahmen des Konjunkturförderprogramms hätte man bei Existenz des alten B-Plans 34 keine Fördergelder für Kap Hoorn bekommen.

- d) Herr Saathoff will wissen, ob die Anliegerbeiträge im Kiefernweg erhoben worden seien. StAR Karow antwortet, dass die Abrechnung in 2012 erfolgen werde.
- e) Herr Saathoff fragt, wie man im Haushaltsplan Abschreibungen ausweisen könne, ohne das Anlagevermögen festgestellt zu haben. StAR Karow erklärt, dass vor der Umstellung auf die Doppik das Anlagevermögen schon weitestgehend erfasst worden sei.
- f) Herr Saathoff will wissen, warum die Räumung eines Vererdungsbeetes ca. 110 T€ koste. Dipl.-Ing. Meemken erläutert die notwendigen Maßnahmen, die mit dem Räumen eines ca. 1.500 m³ großen Beetes verbunden seien. Außerdem müsse das Material zu 90 % auf das Festland verbracht werden.
- g) Herr Jentsch will wissen, was passiere, wenn ein Anlieger, der wegen einer Straßenbaumaßnahme zu Anliegerbeiträgen herangezogen werde, diese nicht zahlen könne. StAR Karow weist auf den Mehrwert eines Grundstückes an einer neuen Straße hin, ggf. könne im Einzelfall über Zahlungsmodalitäten nachgedacht werden.

- h) Herr Saathoff fragt, ob im Haushaltsplan die Verwendung des Kurbeitrages nachgewiesen werde. StAR Karow antwortet, dass das Staatsbad, mit dem die Stadt einen Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen habe, die Verwendung nachweisen würde. Dieser Nachweis sei wiederum für die Stadt Grundlage für die Nachkalkulation des Kurbeitrages.

Onnen
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Köß
(Protokollführerin)